

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

# Die Geschichte des Weltkrieges 1914/19.

(Fortsetzung.)

Der Verlauf der am 15. Januar begonnenen neuen **Waffenstillstandsverhandlungen**, die in Marshall Fochs Salonwagen in Trier geführt wurden (siehe untenstehendes Bild), ließ deutlich erkennen, daß Deutschland auf Gerechtigkeit oder Entgegenkommen bei seinen Feinden nicht rechnen konnte. Infolge der gewissenhaften Bemühungen, die Waffenstillstandsbedingungen einzuhalten, war es in eine große Notlage geraten und sah sich gerade deshalb außerstande, die von den Gegnern verlangten Lokomotiven bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt vollzählig abzuliefern. Staatssekretär Erzberger lehnte deshalb im Namen der deutschen Regierung eine sogenannte „Konventionalstrafe“ für die von den Franzosen behauptete böswillige Nichtinnehaltung der Ablieferungsbedingungen ab und verlangte eine Verlängerung der Übergabefrist.

Die deutschen Unterhändler wünschten auch eine befriedigende Beantwortung der Fragen nach dem Zeitpunkt der Aufhebung der Blockade, der Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen und der Auberäumung von Vorfriedensverhandlungen. Doch alle Vorstellungen und Beanstandungen des Verfahrens der Feinde machten auf Foch und seine Begleiter nicht den mindesten Eindruck. Sie erhoben neue Forderungen, auf Grund deren der Waffenstillstand wieder um einen Monat verlängert werden sollte. Die Franzosen setzten zunächst als Strafe für die nach ihrer Auffassung nicht pünktliche Einhaltung der alten Bedingungen die Ablieferung von 500 Lokomotiven und 19 000 Wagen fest. Da Deutschland aber, wie sie sich überzeugen mußten, diese Vorschrift unmöglich erfüllen konnte, forderten sie zum 17. Februar die Ablieferung einer so großen Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen, daß Deutschland durch deren Hergabe dem sicheren Hungertode preisgegeben gewesen wäre. Erst nach langen Verhandlungen gestanden die Gegner ein Hinschieben des Ablieferungstages bis zum 1. Juni zu, worauf die deutschen Unterhändler den neuen Vertrag unter Verwahrung gegen die unbegründete Härte der Forderungen unterzeichneten.

Wie aus dem Bericht über die Vollziehung der Waffenstillstandsabordnungen in Spaa vom 23. Januar hervorging, machten die Feinde in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen nur hinsichtlich der Schwerverwundeten und Kranken eine unverbindliche Zusage. Die gesunden Gefangenen wollten sie zur Zwangsarbeit in Nordfrankreich und Belgien verwenden; von diesen befanden sich bereits 200 000 auf dem Wege dorthin.

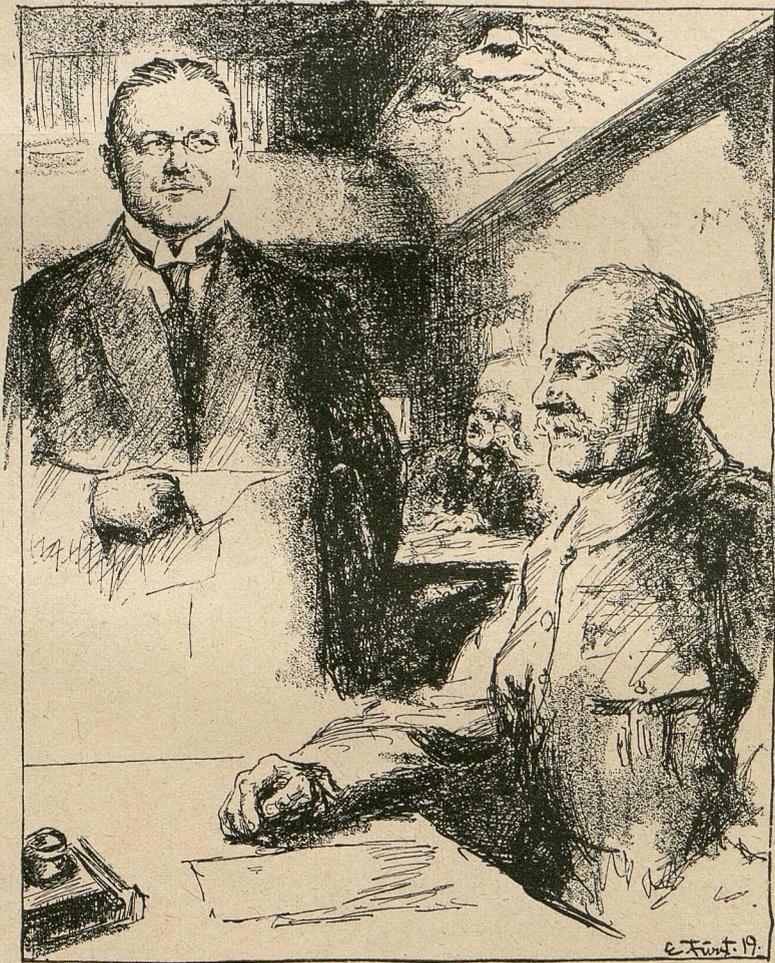
Bezüglich der Behandlung der Deutschen in den besetzten Gebieten hatte Foch schon während der Verhandlungen in Trier eine Absage erteilt und auch keine Aussicht auf einen baldigen Vorfrieden gemacht. Die Franzosen fuhren mit den Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen fort

und erlaubten sich auch militärisch neue Übergriffe. Bereits in Trier hatte Foch mit der Bildung eines vierten Brückenkopfes auf dem rechten Rheinufer vor Straßburg bei Kehl gedroht, angeblich, weil die deutsche Abrüstung nicht genügend fortgeschritten sei. General v. Winterfeldt gab sich viel Mühe, Foch von der Grundlosigkeit seiner Behauptungen zu überzeugen. Da ihm das aber nicht gelang und die Franzosen die Besetzung des Kehler Brückenkopfes für den 25. Januar ankündigten, faßte der deutsche General das Vorgehen Fochs als persönliche Mißtrauensbekundung auf. Er konnte trotz aller Bitten der Reichsleitung, die seine großen Verdienste rückhaltlos anerkannte, unter diesen Umständen nicht länger der Waffenstillstandsabordnung angehören und machte seinen Entschluß zum Austritt aus ihr zur Wahrheit. Sein Nachfolger wurde Generalmajor Freiherr v. Hammerstein (siehe Bild Seite 434). Die Feinde besetzten 28 badische Gemeinden auf dem rechten Rheinufer bei Kehl und schoben die neutrale Zone um 5 bis 10 Kilometer vor. Die Abschneidung der Bahnlinie Frankfurt—Basel und damit des freien Verkehrs mit der Schweiz unterließen sie, doch näherten sie sich dem wichtigen Bahnhof Appenweier an der großen Hauptverkehrslinie bis auf 1 Kilometer. Ohne besondere Begründung besetzten die Franzosen am 28. Januar auch die Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Leopoldshöhe, dicht an der schweizerischen Grenze. Die Abteilung der deutschen Volkswehr, die bisher diese Brücke sicherte, mußte sich zurückziehen.

Eins der wichtigsten Dinge für Deutschland, die Milde rung oder Aufhebung der Hungerblockade, der schon 700 000 Menschen zum Opfer gefallen waren, ließ sich ebenfalls nicht erreichen, trotzdem sich in den Vereinigten Staaten und auch in der Umgebung Wilsons in Europa Stimmen erhoben, die für eine Erleichterung des deutschen Handels, besonders in der Beschaffung von Lebensmitteln, eintraten. Die Lebensmittel- und Schiffsabordnung der Feinde sagte in Trier nur die Lieferung von Weizen, Fett und kondensierter Milch für Kinder, schwächere Frauen, Schwache

und Kranke zu. Zur Beförderung dieser geringfügigen Lebensmittelmengen sollte die ganze deutsche Handelsflotte herangezogen werden, die bis spätestens 15. Februar zur Ausfahrt bereitgehalten werden mußte.

Die **Friedensberatung** der Feinde Deutschlands wurde am 18. Januar in Paris mit einer Rede Poincarés, des Präsidenten der französischen Republik, eröffnet, die von der Unveröhnlichkeit des Redners und der ungemindert fortbestehenden Nachgiebigkeit Frankreichs Zeugnis ablegte. Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten, schlug dann den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau als Verhandlungsleiter vor. Seine Wahl erfolgte einstimmig. Clemenceau teilte mit, daß er zwei der berühmtesten fran-



Die Verhandlungen zwischen Staatssekretär Erzberger und Marshall Foch wegen Verlängerung des Waffenstillstandes im Salonwagen Fochs auf dem Bahnhof in Trier: Erzberger während seiner Rede.